

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise aus Sicht der Unternehmen



Unternehmens-
barometer

Mit der Auswertung AUSWIRKUNGEN DER FINANZMARKTKRISE präsentiert der DIHK die Ergebnisse einer Online-Befragung des unternehmerischen Ehrenamtes der IHK-Organisation.

Grundlage der Auswertung sind mehr als 1.200 Unternehmensantworten. Die Antworten verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie und Bauwirtschaft (46 Prozent), den Handel (21 Prozent) und die Dienstleistungen (33 Prozent).

In regionaler Hinsicht kommen die Antworten aus dem Norden (15 Prozent), dem Westen (36 Prozent), dem Osten (17 Prozent) und dem Süden (32 Prozent). Dabei werden dem Norden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die aktuelle Umfrage fand vom 10. November bis 17. November 2008 statt.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) – Berlin 2008

Ist in dieser Auswertung von Mitarbeitern u. Ä. die Rede, sind selbstverständlich auch Mitarbeiterinnen gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde wegen der besseren Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

Copyright	Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.
Herausgeber	© Deutscher Industrie- und Handelskammertag Berlin Brüssel ISSN1863-883X DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 308 1000 DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts B-1000 Bruxelles Telefon ++32-2-286 1611 Telefax ++32-2-286 1605 Internet: www.ihk.de
Durchführung	DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. Dr. Axel Nitschke (verantwortlich) Jan Kuper (Projektleitung und Redaktion) Dr. Volker Treier (Text) Alexandra Böhne (Text) Ilja Nothnagel (Text) Stand November 2008

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise gehen auch an Deutschland nicht spurlos vorbei. Eine flächendeckende Kreditklemme ist nicht sichtbar, wohl aber eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen. Die wirtschaftliche Abkühlung, die sich ohnehin abgezeichnet hat, wird durch die außenwirtschaftlichen Eintrübungen, die auch Folge der Finanzmarktkrise sind, verstärkt. Perspektivisch befürchten die Unternehmer aber, dass im Fahrwasser der Finanzmarktkrise ordnungspolitische Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft nur allzu leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

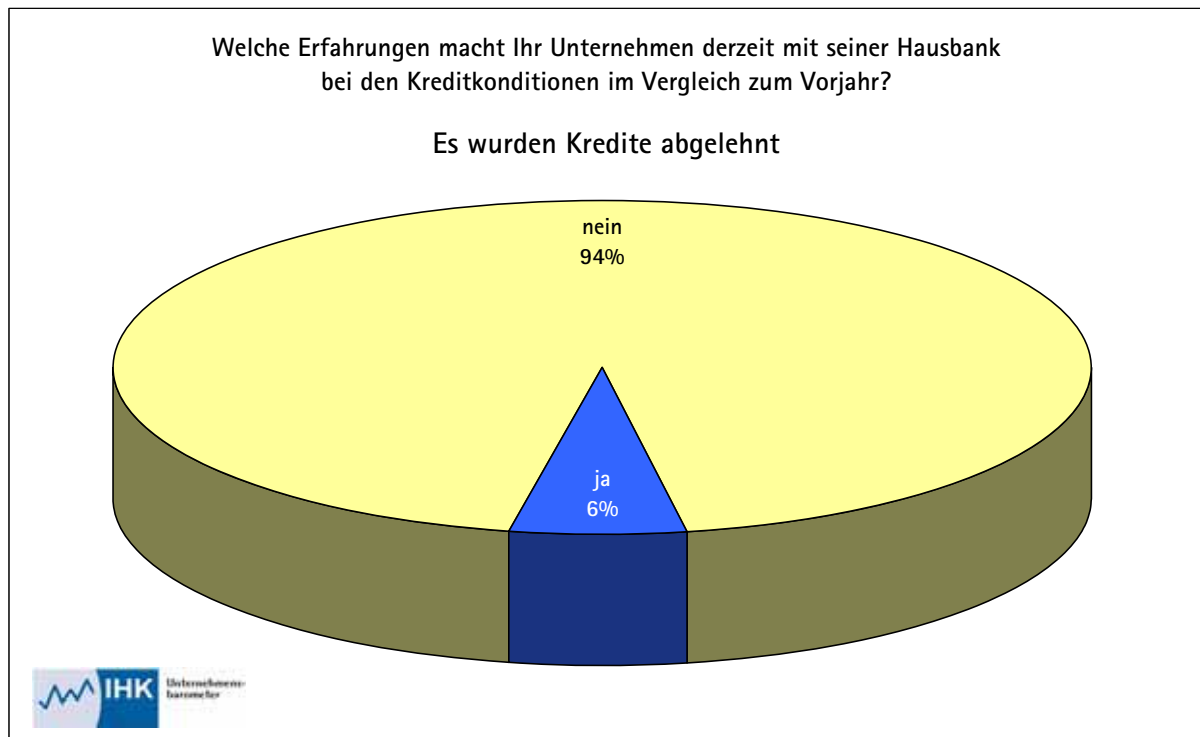
Die wichtigsten Ergebnisse:

- Die Kreditversorgung der Unternehmen ist intakt – nur sechs Prozent berichten von Kreditlehnungen. Die Ablehnungsquote hat sich binnen weniger Wochen gleichwohl erhöht.
- Mittelständler sind bei ihrer Bank gefragt. Kleine und große Unternehmen sind eher von Ablehnungen betroffen.
- Die Kreditkonditionen haben sich bei 28 Prozent der Unternehmen verschlechtert – insbesondere bei Zinsen und Anforderungen an Sicherheiten.
- Eine Finanzmarktregulierung ohne Augenmaß würde letztlich die Finanzierungskosten für alle Unternehmen erhöhen.
- Der deutschen Wirtschaft droht trotz Rezession keine ausgeprägte Wirtschaftskrise.
- Die Eintrübung der Konjunktur erfolgt über das Exportgeschäft – insbesondere in die USA und mit der EU-15. Weiterhin Optimismus besteht beim Export in die neuen EU-Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas sowie – allerdings deutlich abgeschwächt – in Schwellenländer.
- Die meisten Unternehmer sorgt das eigene Bild weniger als der Schaden für die gesamte Gesellschaft in Form eines Vertrauensverlustes in die Soziale Marktwirtschaft.
- Vermeintlich einfache Lösungsansätze zur Beseitigung der Krise gefährden die Grundfesten der Sozialen Marktwirtschaft. Eine Rückbesinnung auf diese ist von allen Seiten gefordert.
- Die Unternehmen erteilen einer stärkeren Rolle des Staates eine klare Absage. Der Staat ist in seinen Kernaufgaben Bildung, Forschung und Infrastruktur gefordert und sollte sich auf diese konzentrieren.
- Mit Strukturmaßnahmen, wie dem Vorziehen der steuerlichen Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge in das Jahr 2009 oder eine rasche Anpassung der Einkommensbesteuerung an die Preissteigerungen, sollte der Staat kurzfristige Impulse setzen und langfristiges Wachstumspotenzial sowie damit verbesserte Absatzperspektiven im Inland schaffen.

Keine Kreditklemme ...

Der Kreditzugang ist im November 2008 für den Großteil der Unternehmen weitgehend intakt. Bei wenigen Unternehmen werden Kredite derzeit abgelehnt oder nicht verlängert (sechs Prozent). Dennoch hat sich mit diesem Ergebnis der Anteil der Kreditablehnungen innerhalb von nur zwei Monaten erhöht – und zwar um vier Prozentpunkte.¹ Dabei sind keine gravierenden Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen erkennbar.

Im Vergleich der Größenklassen ergeben sich hingegen Abweichungen. Von Kreditablehnungen sind derzeit kleine Unternehmen (bis zehn Mitarbeiter) stärker betroffen (zehn Prozent). Gerade diese Unternehmen haben häufig eine dünnere Eigenkapitaldecke und mithin eine schlechtere Bonität. Aber auch bei großen Unternehmen (über 1.000 Beschäftigte) liegt die Ablehnungsquote (acht Prozent) über dem Durchschnitt. Bei der Vergabe von großen Kreditvolumina, die bei solchen Unternehmen gang und gäbe ist, sind einige Banken derzeit vorsichtiger. Denn sie scheuen die Risikokonzentration bei Großkrediten an einzelne Unternehmen. Im Zuge der Finanzmarktkrise sind die Kreditinstitute gefordert, weitere Belastungen ihrer Bilanzen zu vermeiden. Hinzu kommt, dass die deutliche konjunkturelle Abschwächung besonders die exportorientierten Großunternehmen trifft. Die Ausfallwahrscheinlichkeit von Krediten für das Exportgeschäft schätzen Kreditinstitute derzeit deutlich höher ein als noch zuletzt. Ferner sind Großunternehmen heute stärker auf Bankkredite angewiesen, da ihre Refinanzierungsmöglichkeiten über die Kapitalmärkte eingeschränkt sind. Aktuell zeigen sich diese Folgen bei den Automobilherstellern und ihren Zulieferbranchen. Deutlich schlechtere Absatzperspektiven – auch verursacht durch unklare und äußerst ambitionierte Umweltstandards im Vorfeld der Krise – führen zu einer deutlich vorsichtigeren Kreditvergabe der Banken.

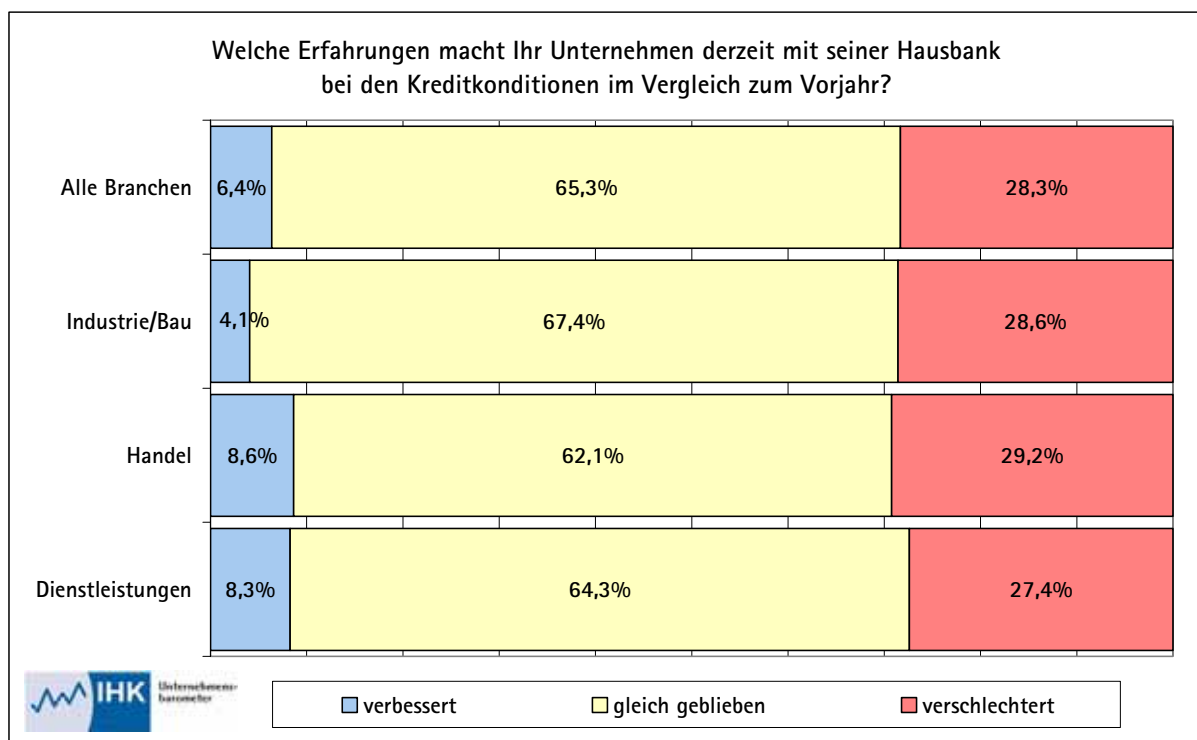


¹ Vgl. DIHK-Umfrage Herbst 2008 – Sonderauswertung „Kreditkonditionen“. Der Anteil der Kreditablehnungen betrug im Herbst 2008 zwei Prozent. In den Vorumfragen aus den Jahren 2002, 2004 und 2005 betrug er drei Prozent.

Viele mittelständische Unternehmen hingegen sind in punkto Finanzierung bei ihrer Hausbank sogar stärker als zuvor gefragt. Dies drückt sich auch in einer geringen Ablehnungsquote aus. Bei Unternehmen mit 250 bis 500 Mitarbeitern sind es vier Prozent und bei den großen Mittelständlern (500 bis 1.000 Beschäftigte) sogar nur ein Prozent. Die meisten Kreditinstitute verfügen offenkundig über ausreichende Liquidität, die sie für eine Kreditvergabe an etablierte Unternehmen verwenden möchten. Zudem stehen viele Mittelständler derzeit auf einem soliden Fundament – anders als in zurückliegenden Schwächephasen. Sie konnten ihre Eigenkapitalausstattung verbessern. Das senkt im Übrigen derzeit die Kreditabhängigkeit im Mittelstand allgemein.

... aber schlechtere Kreditkonditionen, ...

Im November 2008 berichten viele Unternehmer von verschärften Finanzierungsbedingungen. Für mehr als ein Viertel haben sich aktuell die Kreditkonditionen im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Allerdings können immerhin sechs Prozent verbesserte Kreditkonditionen aushandeln. Für den Großteil der Unternehmen sind die Konditionen unverändert geblieben (65 Prozent). Der resultierende Saldo aus „verbessert“ und „verschlechtert“ Meldungen (minus 22 Punkte) ist auf dem Niveau von vor zwei Monaten – und somit unverändert. Bemerkenswert ist aber, dass sich der Saldo aktuell aus höheren Anteilen bei den „verbesserten“ und „abgelehnt“ Meldungen zusammensetzt.² Dies ist Ausdruck einer höheren Risikosensibilisierung der Banken. Damit geht freilich von den Banken ein geringerer Konjunktur stabilisierender Effekt aus als früher.



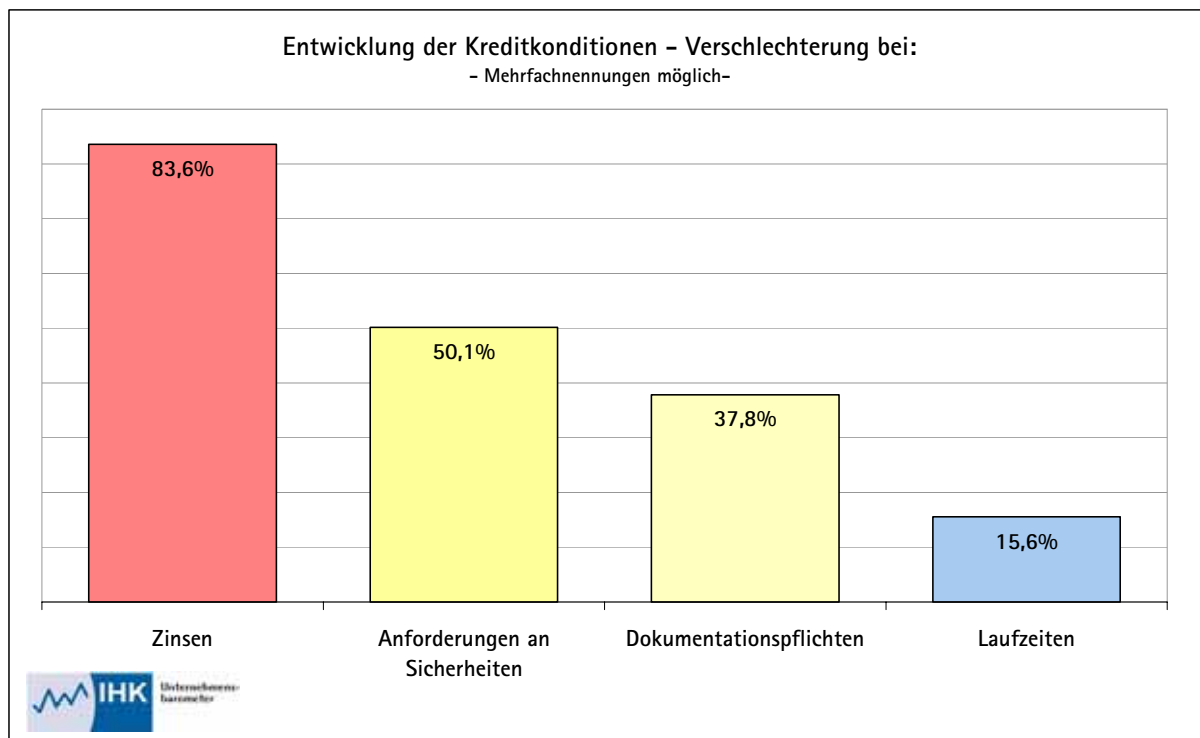
Der Anteil der Unternehmen, die von verschlechterten Krediten berichten, ist in allen Branchen nahezu gleich. Allerdings konnten „nur“ vier Prozent der Industrie- und Bauunternehmen verbesserte Konditionen aushandeln – anders als in der Dienstleistungsbranche (acht Prozent) und im Handel (neun Prozent).

² Vgl. DIHK-Umfrage Herbst 2008 – Sonderauswertung „Kreditkonditionen“. Zwei Prozent der Unternehmen berichteten von verbesserten Konditionen und auch zwei Prozent von abgelehnten Konditionen.

Differenziert nach Größenklassen haben sich bei den mittelständischen Unternehmen die Kreditkonditionen weniger stark verschlechtert als bei den kleinen und großen Unternehmen: Bei den Unternehmen mit 250 bis 500 Beschäftigte sind es 24 Prozent und bei denjenigen mit 500 bis 1.000 Beschäftigten sogar nur 14 Prozent. Dies liefert einen Hinweis, dass der Mittelstand auch in Zeiten der Finanzmarktkrise aus Sicht von Kreditinstituten ein begehrter Kunde ist.

... insbesondere bei den Kreditzinsen, aber auch bei den Sicherheiten

84 Prozent derjenigen Unternehmen, die von verschlechterten Kreditkonditionen berichten, führen höhere Zinsen an. Im Branchenvergleich sind es vor allem die Industrie- und die Bauunternehmen, die am stärksten mit Aufschlägen rechnen müssen (87 Prozent). Es folgen die Dienstleistungsunternehmen mit 82 Prozent sowie die Handelsunternehmen mit 80 Prozent. Vor allem die Großunternehmen (93 Prozent) bezahlen höhere Risikoprämien für ihre Kredite. Ursache ist, dass Banken derzeit bei höheren Kreditvolumina und damit insbesondere bei Großunternehmen äußerst wachsam sind. Die höheren Kreditvolumina dieser Unternehmen dürften mit entsprechenden Risikoprämien versehen sein.



Neben den gestiegenen Zinsen sind es die erhöhten Anforderungen an Sicherheiten, die insgesamt zu einer leichten Verschlechterung bei den Kreditkonditionen führen. Immerhin die Hälfte der Unternehmen, die eine Verschlechterung der Kreditkonditionen beklagen, berichtet von höheren Anforderungen bei Sicherheiten durch ihre Hausbank. Neben der höheren Risikosensibilität der Banken durch die Finanzmarktkrise spielen die verschlechterten Absatzperspektiven der Unternehmen eine Rolle. Diese erhöhen das Ausfallrisiko der Kredite. Höhere Anforderungen an Sicherheiten betreffen überdurchschnittlich viele kleine Unternehmen bis zehn Mitarbeiter (73 Prozent). Großunternehmen (30 Prozent), vor allem aber größere Mittelständler mit mehr als 500 Mitarbeitern (20 Prozent) sind hiervon hingegen weniger betroffen.

Für mehr als ein Drittel (38 Prozent) der Unternehmen drückt sich die Verschlechterung der Kreditkonditionen in erhöhten Dokumentationspflichten aus. Hier sind insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) gefordert (49 Prozent bei Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern und 41 Prozent bei Unternehmen mit 250 bis 500 Mitarbeiter), diese höheren Belastungen mit einer aktiven Finanzkommunikation perspektivisch zu meistern.

Laufzeitverkürzungen beklagen nur 16 Prozent der Unternehmen, die derzeit verschlechterte Kreditkonditionen konstatieren. Aber immerhin fast die Hälfte (48 Prozent) der Großunternehmen, die schlechtere Finanzierungsbedingungen haben, spürt eine Verschlechterung bei den Laufzeiten der Darlehen. Auch hier zeigt sich, dass Großunternehmen derzeit vielfach in einer schwierigen Finanzierungssituation sind.

Schlechtere Finanzierungsbedingungen auch als Folge der Konjunkturabkühlung

Die Verschärfung bei den Kreditkonditionen sollte nicht dramatisiert werden. Sie ist zu einem Gutteil eine normale Reaktion in Zeiten der konjunkturellen Abkühlung. Rückläufige Auftragseingänge, die sich bereits seit mehreren Monaten abgezeichnet haben, erhöhen immer auch das Liquiditätsrisiko der kreditnehmenden Wirtschaft und damit das Ausfallrisiko von Krediten. Den eingetrübten Geschäftsperspektiven müssen die Banken derzeit Rechnung tragen. Zudem sind Banken und Sparkassen vor dem Hintergrund der jüngsten Erfahrungen geradezu angehalten, bei ihrer Kreditvergabe stärker auf die Risiken zu achten. Dennoch: Insbesondere viele Großunternehmen sowie Kleinbetriebe spüren die Finanzmarktkrise direkt über verschlechterte Finanzierungsbedingungen.

Unternehmensfinanzierung weiter im Blick haben

Geld ist und bleibt das Schmiermittel der Wirtschaft. Ein stabiles und gut funktionierendes Bankensystem ist deshalb eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum. Umso wichtiger ist es derzeit, dass die Vertrauenskrise zwischen den Banken ein Ende findet. Der Rettungsschirm für die Banken war dahingehend eine wichtige Maßnahme und hat eine systematische Ausbreitung der Krise verhindert. Erste Erfolge werden bereits in sinkenden Geldmarktzinsen sichtbar. Die Banken sollten ernsthaft prüfen, ob sie den Rettungsschirm in Anspruch nehmen, um damit ihrer Hauptaufgabe – der Kreditversorgung der Wirtschaft – nachzukommen. Um ihre Aufgabe zu erfüllen, brauchen die Banken Zeit, sich zu ordnen. Es kommt deshalb auch darauf an, dass die Politik mit Augenmaß reguliert. Denn Regulierungen können zwar die Qualität von Finanzprodukten verbessern und mehr Transparenz schaffen. Sie schränken jedoch Geschäftsoptionen ein und erhöhen die Finanzierungskosten für Unternehmen.

Beim derzeitigen Versuch, die Kreditvergabe staatlicherseits zu unterstützen – z. B. mit einer Ausweitung des Kreditangebots durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Europäischen Investitionsbank sowie einer verstärkten Kreditvergabe an KMUs im Rahmen des Rettungsschirms – sollten Fehler der Vergangenheit vermieden werden. Auch in Krisenzeiten muss der Grundsatz einer soliden Bonitätsprüfung gelten. Falsche Anreize durch eine staatliche „Versicherung“ sind zu vermeiden. Denn mit einer von der Politik unterstützten laxen Kreditvergabe und expansiven Geldpolitik hat die Krise in den USA ihren Ursprung genommen.

Aber auch die Unternehmen können und müssen sich wappnen. Gerade jetzt kommt es darauf an, gut vorbereitet in Bankgespräche zugehen. Dazu gehört eine detaillierte und transparente Finanzkommunikation, die es den Banken erleichtert, das Risiko adäquat einzuschätzen.

Rezession – aber keine ausgeprägte Wirtschaftskrise

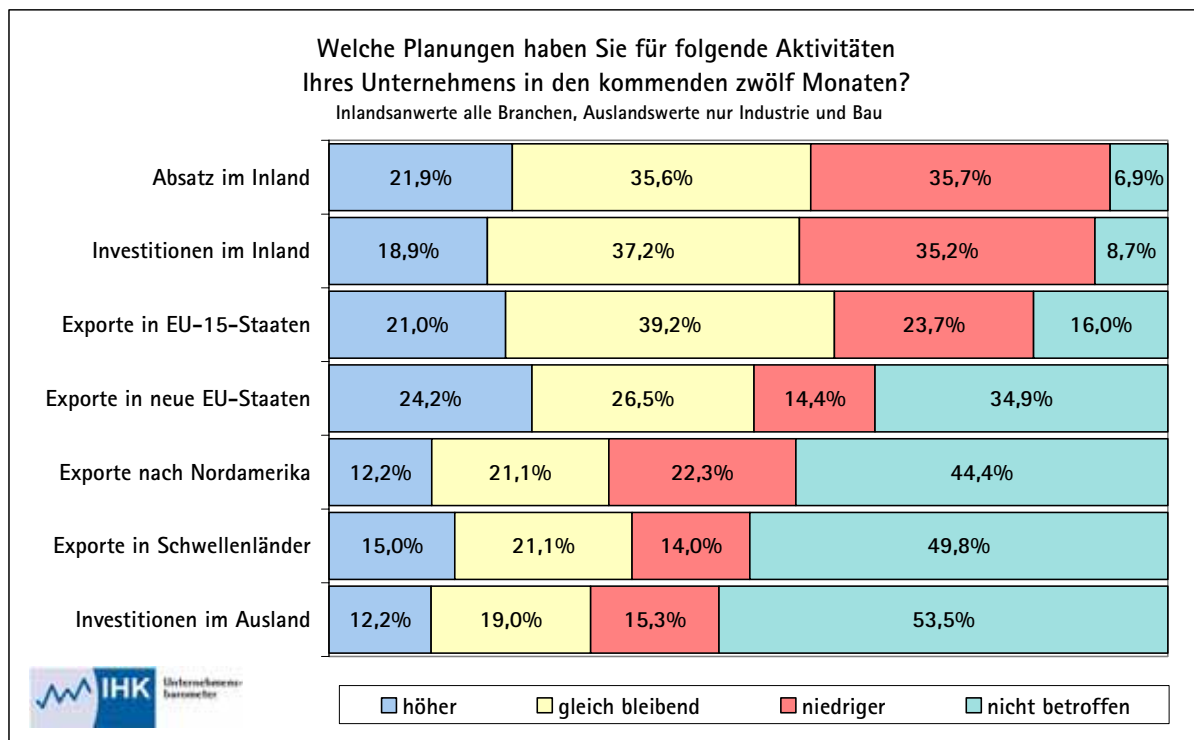
Die Geschäftsaussichten sowie die Pläne der Unternehmen haben sich merklich verschlechtert. Die Unternehmen sehen die Absatzaussichten im Inland nach wie vor mit Skepsis, zudem haben sich binnen weniger Wochen viele Exporthoffnungen für wichtige Absatzregionen der deutschen Wirtschaft zerschlagen. Beides – die unter dem Strich negativen Absatzerwartungen im Inland sowie die eingetrübten Exporterwartungen – veranlassen viele Unternehmen, ihre bis dato immer noch hohen Investitionspläne für das Inland zu überdenken.

Die konjunkturelle Abkühlung wird vor allem über die Eintrübung des außenwirtschaftlichen Umfeldes nach Deutschland getragen. Bremsspuren zeigen sich insbesondere im Geschäft mit dem Ursprungsland der Finanzmarktkrise, den USA: So übersteigt der Anteil der Industrieunternehmen, die mit weniger Exporten in diese Region rechnen, den der Unternehmen, die mit steigenden Exporten rechnen, um zehn Prozentpunkte. Noch etwas pessimistischer als der Durchschnitt sind die süddeutschen Industrieunternehmen für ihr US-Geschäft (Saldo: minus zwölf Punkte).

Aber auch für die EU-15-Staaten – die wichtigste Exportregion für Deutschland – planen die Unternehmen verhaltener. Unter dem Strich gehen deutsche Exporteure von leicht sinkenden Ausfuhrumsätzen im nächsten Jahr dorthin aus (Saldo minus drei Punkte). Dass die Exporterwartungen innerhalb des alten Kerneuropas trotz Rezessionsgefahren in den meisten Ländern nicht noch stärker fallen, liegt an der unverändert hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der weitere Ausbau von Marktanteilen reicht aber nur aus, um größere Einbußen zu vermeiden.

Die eingetrübten Absatzaussichten für die Exporte nach Nordamerika und in die EU-15-Staaten lassen sich im kommenden Jahr nicht durch steigende Ausfuhren in bislang aufstrebende Wachstumsregionen, wie die BRIC-Staaten, kompensieren. Am optimistischsten sind die Industrieunternehmen noch mit Blick auf die neuen EU-Staaten (Saldo plus zehn Punkte), auch wenn einzelne Länder wie z. B. Ungarn stark von der Finanzmarktkrise betroffen sind. Der Optimismus bezüglich der Geschäfte in Schwellenländern ist nahezu verfliegen. Der Saldo der „mehr“ und „weniger“ Exporte ist fast ausgeglichen (Saldo plus einen Punkt). Viele Unternehmen sind gerade in diesen Ländern gut positioniert. Die Dynamik der letzten Jahre scheint aber zumindest für die nächsten zwölf Monate unterbrochen zu sein.

Noch im September erwarteten die Industrieunternehmen einen weiteren Anstieg ihrer Exporte für das Jahr 2009. Der Exportsaldo der DIHK-Konjunkturumfrage betrug trotz deutlicher Eintrübung immerhin noch plus 14 Prozentpunkte. Das aktuelle Ergebnis deutet – gewichtet nach der Bedeutung der jeweiligen Ausfuhrregionen – in dieser Frage einen sichtlichen Rückschlag an (Exportsaldo für die angegebenen Wirtschaftregionen minus einen Prozentpunkt). Schon bei der DIHK-Konjunkturumfrage im September lagen die Geschäftserwartungen für das In- und Ausland bei minus neun Prozentpunkte. Dass die Absatzperspektiven für das Inland mit einem Saldo vom aktuell minus 14 Prozentpunkten kaum unter diesem Wert liegen, legt den Schluss nahe, dass sich die konjunkturelle Verschlechterung vornehmlich über die Außenwirtschaft vollzieht.



Angesichts der trüben Absatzperspektiven im In- und Ausland und des bereits erfolgten hohen Kapazitätsaufbaus in den letzten Jahren planen die Unternehmen nun deutlich weniger Investitionen im Inland (Saldo minus 16 Punkte), der vergleichbare Saldo in der vergangenen Konjunkturumfrage betrug immerhin noch minus zwei Prozentpunkte. Neben der Normalität des Konjunkturzyklus spiegeln sich in diesem Bild auch die verschlechterten Kreditkonditionen wider. Zwar kann der Kapitaleinsatz finanziert werden, jedoch zu gestiegenen Kosten.

Aber auch für den ausländischen Kapitaleinsatz des Verarbeitenden Gewerbes hat die gegenwärtige konjunkturelle Entwicklung eine Bedeutung: Die deutschen Industrieunternehmen planen per Saldo einen leichten Rückgang ihrer Auslandsinvestitionen (Saldo minus drei Punkte), nachdem sie sich noch bis in dieses Jahr hinein, sehr expansiv betätigt haben³.

Trotz der deutlichen Eintrübung bei den Geschäftsaussichten, aber auch bei den Investitionsplänen sollte nicht vorschnell auf eine ausgeprägte Wirtschaftskrise geschlossen werden. Die gesunkenen Investitionsabsichten drücken vor allem die tiefe Unsicherheit über Dauer und Ausmaß der Finanzmarktkrise aus. Sollte sich der Nebel der Finanzmarktkrise lichten – die Politik hat notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen – werden viele, der binnen weniger Wochen auf Eis gelegten Investitionsvorhaben wieder angegangen. Die gesunkenen Leitzinsen liefern die Voraussetzung für wieder günstigere Kreditzinsen.

Hilfreich für die deutschen Unternehmen, mit Blick auf sich mittelfristig wieder bietende höheren Absatzchancen im Ausland, ist der sich fortschreitende Prozess der steigenden Wettbewerbsfähigkeit. Die zumindest zwischenzeitlich maßvolle Lohnentwicklung entlastet deutsche Anbieter im Ausland genauso wie die wieder günstigere Wechselkursentwicklung. Zudem nehmen die deutlich gesunkenen Energie- und Rohstoffpreise Kostendruck von den Unternehmen. Dies schafft über eine sinkende Inflationsrate

³ Vgl.: Investitionen im Ausland, DIHK, Frühjahr 2008.

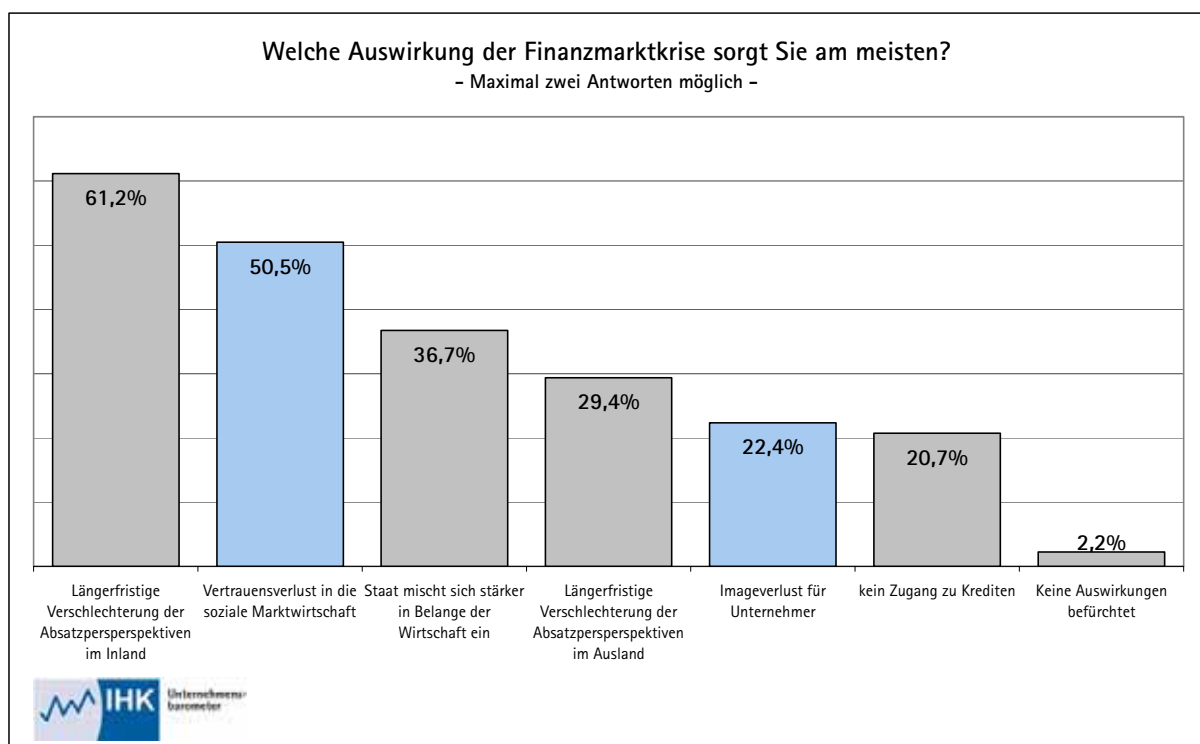
auch höhere Konsumspielräume für private Verbraucher, ebenso wie die zuletzt äußerst positive Arbeitsmarktentwicklung.

Finanzmarktkrise verändert Deutschland

Nur eine kleine Minderheit der Unternehmen (zwei Prozent) glaubt, dass die Finanzmarktkrise keine Folgen für Unternehmen und Verbraucher in Deutschland haben wird. Dies zeigt, welcher Einfluss der Krise zugesprochen wird. Die Sorgen der Unternehmer beschränken sich dabei nicht allein auf die weiteren Geschäftsentwicklungen, sondern beziehen vielmehr auch die gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Folgen für den Standort Deutschland mit ein.

Im Schatten der Finanzmarktkrise Marktwirtschaft nicht gefährden

Die öffentliche Diskussion über die Folgen der Finanzkrise fokussiert sich nicht ausschließlich auf die Schwachstellen der Finanzmärkte, sondern gipfelt bisweilen in generellen Zweifeln an der Funktionsfähigkeit der gesamten Marktwirtschaft. Das sehen die Unternehmen mit großer Sorge. So befürchten mehr als die Hälfte der Unternehmer, dass die Finanzmarktkrise zu einem erheblichen Vertrauensverlust in die Marktwirtschaft führt. Angesichts der Vielzahl negativer Schlagzeilen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise werden die Erfolge der deutschen Wirtschaft, die deutlich gestiegene internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit 16 Jahren, nahezu vergessen. Die Unternehmenssicht ist, dass wer jetzt aus der Finanzmarktkrise den Schluss zieht, die Marktwirt-



schaft funktioniere nicht, stellt Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand auch langfristig in Frage. Forderungen nach überzogenen Eingriffen in die Wirtschaft – pauschale Begrenzung von Gehältern, Verstaatli-

chung von Banken oder Schlüsselindustrien – beschädigen das Vertrauen in die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: Freiheit, Verantwortung und sozialen Ausgleich. Diese Grundfeste dürfen nicht durch vermeintlich einfache Lösungsansätze verspielt werden. Auch die Politik muss deshalb zu einer Versachlichung der Debatten beitragen. Dass das eigene Unternehmerbild im Zuge der Finanzmarktkrise in der Öffentlichkeit Kratzer bekommt, sorgt die Unternehmer indes weit weniger (22 Prozent) als der mögliche Schaden für die gesamte Gesellschaft. Trotzdem fürchten die Unternehmer, dass Verfehlungen Einzelner das Bild aller beschädigen – und somit weiteren Staatseingriffen Vorschub leisten.

Keine stärkere Rolle des Staates!

In der aufgeregten Debatte ist genau zu prüfen, welche Maßnahmen zukünftig Krisen auf den internationalen Finanzmärkten verhindern können. So war das schnelle und gezielte Eingreifen des Staates zur Rettung der Banken der richtige Schritt zur richtigen Zeit. Jedoch leitet die öffentliche Diskussion daraus teilweise ab, dass dem Staat generell wieder eine größere Rolle in der Volkswirtschaft zustehen sollte. 37 Prozent der Unternehmen haben aktuell die Sorge, dass sich der Staat in Folge der Finanzmarktkrise auch perspektivisch stärker in die Belange der gesamten Wirtschaft, nicht nur der Finanzwirtschaft, einmischen wird. Dabei sehen die Unternehmen durchaus die Gefahr, dass Forderungen nach staatlicher Unterstützung einzelner Branchen oder sogar einzelner Produkte – so berechtigt sie auch teilweise sein mögen – immer weiteren Staatseingriffen Tür und Tor öffnet. Die Lasten solcher Maßnahmen tragen letztendlich alle: Unternehmen, Beschäftigte und Verbraucher. Zudem gilt: Je mehr der Staat Eingriffe in eigentlich private Produktionsentscheidungen vornehmen kann, desto größer ist die Gefahr von Fehlallokationen. Der Staat ist vielmehr an anderer Stelle gefragt, insbesondere bei der Durchsetzung des ordnungspolitischen Rahmens und bei Investitionen in Bildung, Forschung sowie Infrastruktur.

Unternehmer sehen dunkle Wolken – Strukturmaßnahmen gefordert

Große Sorge bereitet den Unternehmern auch die langfristige Entwicklung ihrer Geschäfte sowohl im In- als auch im Ausland. 61 Prozent der Unternehmer befürchten eine längerfristige Verschlechterung ihrer Absatzperspektiven im Inland. Dahinter steht, dass die Unternehmen vom Ausmaß und von der Dauer der Finanzmarktkrise sowie – mittlerweile – deren realwirtschaftlichen Auswirkungen durchaus überrascht sind. Ferner befürchten sie, dass eine neu gestaltete, stärker auf staatliche Einflussnahme setzende Wirtschaftspolitik hierzulande Produktion, Investitionen sowie letztlich Absatzperspektiven verschlechtern dürfte. Hierbei kommt aber auch zum Tragen, dass der Konsum trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland lange Zeit durch die Mehrwertsteuererhöhung und die deutlichen Preissteigerungen ausgebremst wurde. Nun sind die Verbraucher durch die Finanzmarkturbulenzen verunsichert und erhöhen ihren Konsum nicht in dem Maße, wie es angesichts der noch guten Lage am Arbeitsmarkt und des nachlassenden Inflationsdrucks zu erwarten gewesen wäre.

Absatzverschlechterungen im Ausland als Folge der Finanzmarktkrise befürchten 29 Prozent der Unternehmen. Einerseits sind viele Unternehmer stärker binnenorientiert tätig und wären damit von einer Verschlechterung des ausländischen Absatzes allenfalls indirekt betroffen. Andererseits haben die Unternehmen in den letzten Jahren über einen konsequenten Internationalisierungskurs ihre Wettbewerbsfäh-

higkeit erhöht. Eine mittelfristige Anknüpfung an die Exporterfolge der jüngsten Vergangenheit wird daher als sehr wahrscheinlich angesehen.

Vor diesem Hintergrund ist die Politik gefordert, die Wachstumsbremsen in Deutschland zu lösen – zum Beispiel durch mehr „Netto vom Brutto“ mit einem Vorziehen der steuerlichen Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge sowie mit einer Anpassung der Einkommensbesteuerung an die Preissteigerungen. Dies würde die Verbraucher entlasten und Spielräume für den Konsum schaffen. Die Absenkung der vor zwei Jahren übermäßig erhöhten Mehrwertsteuer um mindestens einen Prozentpunkt ist ein weiterer notwendiger Baustein hierfür. Darüber hinaus sind zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen investitionsfördernde Nachbesserungen bei der Unternehmenssteuerreform, eine familienunternehmerfreundliche Erbschaftsbesteuerung sowie mehr Spielräume bei Kündigungsschutz und Befristung dringend vonnöten. Der lange Aufschwung der letzten Jahre zeigt den Erfolg struktureller Reformen wie der Agenda 2010 eindrucksvoll auf.

Kreditversorgung sichern – Finanzmärkte nicht überregulieren

Obwohl sich in Deutschland weiterhin keine flächendeckende Kreditklemme abzeichnet, bleibt die Sorge der Unternehmer über einen ausreichenden Zugang zu Krediten (21 Prozent) bestehen. Verstärkt wird diese durch die gestiegenen Anforderungen der Banken bei der Kreditvergabe. Trotzdem bleibt gerade der Mittelstand ein wichtiger Geschäftspfeiler für Kreditinstitute. Zudem kommen vielen Unternehmen die langfristigen Beziehungen zu ihrer Hausbank sowie ihre gestiegene Eigenkapitalbasis gerade jetzt zugute.

Für Gründungen, Investitionen, aber auch für Forschungs- und Entwicklungsausgaben brauchen Unternehmen Zugang zu Fremdkapital und anderen Finanzierungsformen. Gerade vor dem Hintergrund der Sorgen der Unternehmen ist in diesem Bereich – wie oben angeführt – eine Überregulierung der Finanzmärkte zu vermeiden. Dies könnte sich nicht nur als Bumerang für die Versorgung der Unternehmen mit Finanzmitteln, sondern auch als Wachstums- und Wohlfahrtsbremse erweisen.